

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

31.05.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 04.05.2017**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:03 Uhr - 19:45 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 02.03.2017 - öffentlicher Teil
*0181/2017***
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0180/2017
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Frauen helfen Frauen e.V.: Interventionsberatung in der Frauenberatungsstelle (Vortrag)**
0042/2017
- 8 Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis**
0179/2017
- 9 Jahresbericht 2016 der GL Service gGmbH**
0123/2017
- 10 Jahresberichte 2016 "Unterbringungssituation"**
0166/2017
- 11 Jahresbericht 2016 der Schuldnerberatung RheinBerg**
0186/2017
- 12 Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**
0192/2017
- 13 Anschlussvereinbarung zwischen den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten und der Stadt Bergisch Gladbach zum Betrieb der Einrichtungen ab dem 01.01.2018**
0183/2017
- 14 Entsendung eines Beiratsmitglieds in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS)**
0015/2017
- 15 Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion**
0200/2017
- 16 Ernennung eines Mitglieds des Inklusionsbeirates**
0202/2017
- 17 Anträge der Fraktionen**
- 18 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 02.03.2017 - öffentlicher Teil *0181/2017*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Schlich berichtet, die bislang noch in der Kempener Straße wohnhaften Flüchtlinge seien im Laufe der letzten Woche nach Lückcrath umgezogen. Die Unterkunft in der Kempener Straße solle jetzt stillgelegt werden. Lediglich ein Wachdienst werde regelmäßig kontrollieren, ob dort alles in Ordnung sei. Mit der vollständigen Stilllegung wolle sich die Verwaltung wegen möglicher weiterer Zuweisungen noch etwas Zeit lassen. Nach der aktuellen Erhebung liege die Aufnahmequote in Bergisch Gladbach bei 105 %, so dass zunächst einmal keine größeren Zuweisungen zu erwarten seien.

Frau Schlich empfiehlt den Ausschussmitgliedern, das Gelände der Unterkunft an der IGP anzuschauen, das mit einem mittig angelegten Spielplatz und geteerten Wegen richtig toll geworden sei. Frau Schlich hebt hervor, dass sich die Arbeit des DRK und natürlich der großen Initiative von Ehrenamtlichen in Paffrath hier sehr wohltuend ausgewirkt habe.

Herr Wagner merkt an, man solle nach dieser Erfahrung möglichst vormerken, dass auch ohne großen externen Aufwand so ein tolles Ergebnis erzielt werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Göbels berichtet Herr Mumdey, dass die gekündigte Flüchtlingsunterkunft Haus Pohle für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht mehr erforderlich sei. Ziel der Verwaltungsleitung sei es, dort ein Feuerwehrgerätehaus zu errichten. Es handele sich aber hierbei um eine erste Planung.

Herr Göbels gibt zu bedenken, dass das optische Erscheinungsbild des Hauses sehr zu wünschen übriglasse. Er frage sich, ob es nicht Möglichkeiten gebe, das Haus für die Zwischenzeit etwas zu verschönern.

Die Vorsitzende geht davon aus, dass die Anmerkung zur Kenntnis genommen und weitergegeben wird.

5.1. Frauenpolitische Informationen 0180/2017

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit lädt für den Integrationsrat alle Anwesenden am 3. Juni um 20 Uhr zum Fastenbrechen in die IGP ein. Der Integrationsrat unterstütze diese Maßnahme, alle seien herzlich willkommen.

Die Vorsitzende bedankt sich.

7. Frauen helfen Frauen e.V.: Interventionsberatung in der Frauenberatungsstelle **(Vortrag)** 0042/2017

Die Vorsitzende begrüßt Frau Lernbecher als Referentin.

Frau Lernbecher dankt für die Einladung und das Interesse an der Interventionsberatung.

Frau Lernbecher gibt anhand des als *Anlage* beigefügten Dokuments eine Übersicht über die Arbeit der Frauenberatungsstelle im Rahmen der Interventionsberatung.

Auf Nachfrage von Herrn Dlugosch berichtet Frau Lernbecher, häusliche Gewalt gebe es in allen sozialen Schichten. Es würden etwa 60 % deutsche Frauen und 40 % Frauen mit Migrationshintergrund in der Beratungsstelle beraten. Vor dem Hintergrund, dass nach den Einsätzen wegen häuslicher Gewalt die Kontakte über die Polizei hergestellt würden, sei eine Zunahme an Beratungen von Frauen zu vermerken, die sich sonst möglicherweise keine Unterstützung geholt hätten.

Frau Koshofer lobt Frau Lernbechers langjährige, großartige Arbeit und möchte wissen, ob nach einer Verweisung eine Familientherapie sinnvoll sei, wenn Frauen die Beziehung, auch wegen der Kinder, fortführen wollten.

Frau Lernbecher antwortet, zunächst sei es in der Beratung wichtig, mit den betroffenen Frauen abzuklären, was wirklich mit den Kindern passiere. Durch viele Studien sei nachgewiesen, wie sehr Kinder durch häusliche Gewalt litten, auch wenn sie ausschließlich zwischen den Erwachsenen

geschehe. Einige Kinder bräuchten eine eigene psychologische Unterstützung. Wenn die Familie zusammenbleiben wolle, sei es wichtig, an der Problematik zu arbeiten. So brauche die Frau eine Unterstützung für sich selbst, um ihre mögliche Akzeptanz von Gewalt zu ergründen. Das habe viel mit den eigenen Erlebnissen und dem Thema „Grenzen setzen“ zu tun. Auf der anderen Seite sei wichtig, dass sich der Täter mit seiner Gewaltproblematik auseinandersetze. Sowohl von Beratungsstellen als auch im Rahmen eines Täterprojekts der AWO in Brühl gebe es solche Angebote, in denen auch im Kontakt mit anderen in Gruppen das möglicherweise zugrunde liegende Schema erkannt und bearbeitet werde, Gewalttätigkeit als eine Art der Konfliktlösung zu sehen.

Herr Dr. Bernhauser dankt für den Vortrag und die wirklich notwendige Arbeit der Beratungsstelle und fragt, ob es angesichts der oft vielfältigen Problemlagen der betroffenen Männer, wie Alkohol- oder sonstige Suchtabhängigkeiten, Arbeitslosigkeit, Verschuldung usw., die zu häuslichen Gewalt führen könnten, eine Hilfestellung bzw. Richtungsweisung in der Beratungsstelle gebe.

Frau Lernbecher berichtet, diese schwierigen Probleme könnten mit Sicherheit Beschleuniger sein, das Grundproblem sei aber, dass der Täter Gewalt als ein Mittel der Konfliktlösung kenne und anwende.

Frau Stauer dankt für die SPD-Fraktion für den Bericht zur Interventionsberatung und merkt an, oft seien die Täter selbst früher Opfer gewesen und bedürften deshalb auch selbst einer therapeutischen Hilfe.

Frau Lernbecher weist auf die Auflage der Frauenberatungsstelle hin, Frauen zu beraten. Wenn Männer Hilfe suchten, werde die Frauenberatungsstelle sicher eine andere, spezielle Beratungsstelle nennen können, es gebe aber davon nicht viele.

Frau Fahner ergänzt, das Thema Täterarbeit sei ein Schwerpunktthema in den letzten Sitzungen des von Frau Lernbecher zitierten Runden Tisches „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ gewesen. Natürlich sei die Arbeit mit den Tätern sinnvoll, andererseits gebe es im Kreisgebiet kaum Angebote für Täter. Die Katholische Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle berate Täter, allerdings nicht als Arbeitsschwerpunkt, sondern eher niedrigschwellig. Ansonsten gebe es im Umfeld nur Beratungseinrichtungen für Täter in Düsseldorf, Brühl und Köln.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf die Beiträge von Frau Koshof, Frau Stauer und Frau Fahner, die zeigten, wie wichtig als präventives Angebot die Tätertherapie sei, denn selbst wenn die Frau den Weg aus der Gewaltspirale heraus schaffe, gehe der Täter mit seinen Problemen in die nächste Partnerschaft. Natürlich sei aber der akute Schutz der Opfer häuslicher Gewalt vorrangig.

Frau Lernbecher bestätigt Herrn Dr. Bernhausers Ausführungen. Untersuchungen hätten ergeben, dass Täter in weiteren Partnerschaften wieder nach gleichem Schema reagierten, wenn sie nichts zur Problembearbeitung unternommen hätten. Es sei also zu begrüßen, wenn es mehr Einrichtungen und Angebote in diese Richtung gäbe.

Herr Dlugosch fragt nach der Möglichkeit, auch Frauen zu beraten. Es werde immer gesagt, die Gewalt ausübenden Männer seien krank, hingegen könnten nach seiner beruflichen Erfahrung als Anwalt auch Frauen einen provokativen Anteil an diesen Exzessen haben.

Frau Fahner weist nachdrücklich darauf hin, dass es keinen akzeptablen Grund gebe, zuzuschlagen. Frau Lernbecher führt aus, die Gewalt ausübenden Männer seien nicht krank - und selbst das sei keine Entschuldigung - sondern es gehe um deren Umgang mit Gewalt.

Herr Mumdey weist aus seiner früheren Tätigkeit als Anwalt darauf hin, dass die Gewalt auch gelegentlich von Frauen ausgehe.

Frau Lernbecher berichtet, in all den Jahren sei eine Täterin von der Frauenberatungsstelle beraten worden.

Frau Holtzmann dankt Frau Lernbecher für ihre Ausführungen und den Anwesenden für die interessante Diskussion.

8. Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis *0179/2017*

Die Vorsitzende begrüßt den Sozialdezernenten, Herrn Markus Fischer, und die Sozialplanerin Katharina Hörstermann, vom Rheinisch-Bergischen Kreis.

Anhand der als *Anlage* beigefügten Powerpointpräsentation „Motiv Mensch – Sozialen Wandel gestalten, Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis“ geben die Referenten einen ausführlichen Überblick über die Arbeit der Sozialverantwortlichen im Rheinisch-Bergischen Kreis der letzten Jahre.

Herr Dr. Bernhauser lobt das Konzept, es sei beeindruckend. Erst auf der Grundlage der nun vorliegenden Daten könne eine Beurteilung der Situation und die weitere Planung erfolgen. Herr Dr. Bernhauser merkt an, er habe den Bereich Integration vermisst, insbesondere nach dem Wahlergebnis der hier lebenden Mitbürger*innen mit türkischer Staatsbürgerschaft zum Erdogan-Referendum. Es sei wünschenswert, dass beim nächsten Referendum deutlich werde, dass diese Menschen den Wert der Demokratie für sich und andere Menschen zu schätzen wüssten.

Sinnvoll, so merkt Herr Dr. Bernhauser an, könne auch eine Fachplanung im Bereich des Gesundheitswesens unter Beteiligung der Fachakteur*innen sein, denn in den ländlichen Regionen des Kreises mache sich der Fachärztemangel deutlich bemerkbar.

Herr Fischer freut sich über die positive Resonanz und führt aus, er nehme den Dank stellvertretend auch für Frau Schlich, Herrn Buhleier und viele andere Akteur*innen entgegen, die diesen Prozess über Monate aktiv begleitet hätten. Er hoffe, dass die Zielsetzung gemeinsam erreicht werden könne. Bezüglich der von Herrn Dr. Bernhauser angesprochenen Fachplanung Integration habe sich die Sozialdezernentenrunde mit den schon bestehenden Netzwerken und ein paar Maßnahmenplänen - wie insbesondere in Bergisch Gladbach dem Integrationsplan - befasst, so dass Variationen hiervon in der Fachplanung möglich seien.

Was die von Herrn Dr. Bernhauser angesprochene Fachplanung Gesundheitswesen anbelange, so fährt Herr Fischer fort, sei grundsätzlich die Koordinatorin für die Gesundheitsdienste des Gesundheitsamts in der Fachplanung involviert. Die Situation der Fachärzteversorgung im ländlichen Raum sei wegen der Zuständigkeit nicht Thema der kommunalen Fachplaner*innen, aber im Rahmen der Sozialraumkonferenz. Wenn aufgrund der nun erhobenen Daten Angebotsdefizite festgestellt werde oder ein solcher Mangel in einer Sozialraumkonferenz von den beteiligten Bewohner*innen benannt werde, sei es natürlich möglich, fachspezifisch die Kassenärztliche Vereinigung und andere Institutionen in den Prozess zu involvieren.

Frau Schlich berichtet, die Initiative für die Sozialplanung sei entstanden insbesondere bei der langfristigen Betrachtung der Situation der Senior*innen. Die Datenbasen seien in den verschiedenen Kommunen des Kreises sehr unterschiedlich und die Art der vorhandenen Datenbasen selbst sei ebenfalls völlig verschieden. Es sei also eine Sisyphusarbeit eine Vergleichbarkeit herzustellen, so dass eine Ausweitung der Themen zurzeit nicht denkbar sei. Wenn

ein guter Grundstock an Daten gelegt worden sei, könne gerade das Thema Gesundheit zentral in Verbindung mit dem Thema Senior*innen und Demografie aufgegriffen werden, wobei sich die Situation in Bergisch Gladbach ganz anders darstellen werde als in manch anderen Kommunen.

Frau Stauer bezeichnet den Vortrag als in vielfältiger Hinsicht sehr interessant. Ihr fehle allerdings der Hinweis auf die Herausbildung der Metropolregion Rhein mit der Städtereion Aachen, die in der Diskussion sei. Hierbei gehe es beispielsweise um eine bessere Vernetzung, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Auf der anderen Seite sei im Verbund mit Köln darüber nachzudenken, dass vielleicht Köln Transferleistungen zu leisten hätte, weil viele Menschen wegen der weniger guten Rahmenbedingungen u. a. beim bezahlbaren Wohnraum von Köln in den Rheinisch-Bergischen Kreis abwanderten. Diese Zuwanderung habe diverse finanzielle Folgen.

Herr Fischer erläutert, der hier vorgestellte Prozess der Sozialplanung umfasse ausschließlich die gesamte Aufstellung des Kreises. Die von Frau Stauer angesprochenen Themenansätze seien im Rahmen der Diskussion um eine Metropolregion zu platzieren, die als gemeinsame Zielsetzung die Kommunikation zwischen den Städten verbessern solle. Sicherlich profitiere der Rheinisch-Bergische Kreis von Köln, andererseits gebe es natürlich auch Entwicklungen, bei denen Köln dankbar für die Unterstützung der Umlandregionen sei, was die Problem im Wohnraumbereich oder auch in anderen infrastrukturellen Maßnahmen angehe. Erst wenn im Laufe des vorgestellten Sozialplanungsprozesses Handlungsperspektiven aufgearbeitet worden seien, sei es vorstellbar, sich mit Köln an einen Tisch zu setzen.

Letzteres bestätigt Herr Mumdey unter Bezugnahme auf einen Termin der Sozialdezernenten der Region in Köln in der vergangenen Woche. Herr Mumdey geht auf Frau Stauers Hinweis auf Transferleistungen ein, er habe im Rahmen des Termins zum Ausdruck gebracht, dass sich die Transferleistungen in den verschiedenen Feldern insgesamt ungefähr ausglich. Bei der Kindergartenversorgung etwa müsse dann Bergisch Gladbach an Köln zahlen. Umgekehrt sei es im Schulbereich. Die MINT-Schule Sorge mit Sicherheit für einen Zuzug aus dem Kölner Bereich. Herr Mumdey bemerkt abschließend, dass es bei geplanten weiteren Treffen in Köln wichtig sei, die Kreise als richtige Ansprechpartner einzuladen.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass er die Gestaltung eines sozialen Wandels für einen sehr hohen Anspruch halte. Er frage sich, ob die genannten Akteure wirklich Protagonisten des sozialen Wandels oder Reparaturwerkstätten der Opfer sozialen Wandels seien. In der freien Wohlfahrtspflege, die die vorgehaltenen Dienste und Einrichtungen sicher immer weiter qualifiziere, könne die zeitgemäße Anpassung von Diensten und Einrichtungen überlegenswert sein. Er frage sich auch, ob noch Akteur*innen dazukommen müssten. Wenn er an die Flüchtlingsarbeit in Bergisch Gladbach denke, schienen ihm die vielen ehrenamtliche Initiativen, die sich neben den etablierten Verbänden der freien Wohlfahrtspflege gegründet hätten, die runden Tische in einzelnen Stadtteilen, Einzelpersonen und Gruppen, die nicht unter dem Dach eines Verbandes der freien Wohlfahrtspflege stünden, manchmal beweglicher zu sein.

Frau Fahner bedankt sich für die Vorstellung des Konzepts, das einen sehr innovativen und zukunftsgerichteten Eindruck hinterlasse. Frau Fahner bittet deshalb darum, das Konzept um die gendergerechte Sprache zu ergänzen.

Herr Fischer kündigt eine Ergänzung an und führt aus, der Verfahrensprozess solle auch weiterhin breit angelegt und allen eine Partizipation ermöglicht werden. Dass nach heutigem Stand alle an einem Strang zögen sei aus seiner Sicht ein guter Qualitätsnachweis dafür, dass der Prozess zum Erfolg führen könne. Herr Fischer bedankt sich für die Aufmerksamkeit des Ausschusses.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und geht davon aus, dass der Ausschuss sich bestimmt in etwa einem Jahr wieder mit dem neuen Stand befassen werde.

Herr Fischer ist ebenfalls der Meinung, dass der Prozess weiterhin durch den Ausschuss begleitet werden könne.

9. Jahresbericht 2016 der GL Service gGmbH
0123/2017

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Frau Chahbari und Herrn Kuhlen für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung stehen.

Herr Stark fragt, warum der Rechenschaftsbericht vorgestellt werde, nachdem in der letzten Sitzung über Mittel für die GL Service gGmbH entschieden wurde.

Frau Schlich antwortet, der Bericht werde regelmäßig nach der entscheidenden Sitzung der auch politisch besetzten Gesellschaftsversammlung der GL Service gGmbH vorgestellt. Bezüglich des offenbar von Herrn Stark angesprochenen Projekts Ex-Azubitreff müsse zur Fortführung jährlich separat über die Mittelfreigabe entschieden werden, wie aus der zugrunde liegenden Vorlage in der letzten Sitzung ersichtlich gewesen sei.

Herr Dlugosch äußert sich erstaunt darüber, wie viele nützliche Sachen die GL Service gGmbH mache, die nach seiner Auffassung in der breiten Bevölkerung gar nicht so bekannt seien. Er regt an, die Öffentlichkeit diesbezüglich mehr zu informieren.

Herr Dr. Bernhauser betont, die Befassung mit dem Jahresbericht der GL Service gGmbH sei nicht nur Pflicht, sondern auch Kür des Ausschusses. Die GL Service gGmbH sei nämlich der einzige städtische Sozialbetrieb und Zeichen des sozialen Gewissens und des Herzens der Stadt Bergisch Gladbach. Sozialbetrieb sei die GL Service gGmbH nicht nur, weil sie soziale Einrichtungen und Dienste führe, sondern weil dort auch Menschen eine Beschäftigung fänden, die auf dem ersten Arbeitsmarkt oft keine Chance hätten, in Beschäftigung zu kommen. Die Stadt könne stolz darauf sein, einen solchen Betrieb gegründet zu haben. Im September 2017 jähre sich der Ratsbeschluss der Stadt Bergisch Gladbach zur Gründung der GL Service gGmbH zum 10. Mal. Aus diesem Grund werde die GL Service gGmbH voraussichtlich am 26.09.2017 einen Tag der offenen Türe veranstalten. Zusätzlich sei es natürlich analog der Anregung von Herrn Dlugosch sinnvoll, die Leistungen der GL Service gGmbH stärker in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Frau Koshofer freut sich darüber, wie vieler Aufgaben sich die GL Service gGmbH stellt und kündigt an, den Betrieb auf jeden Fall zu besuchen, wenn sie die Gelegenheit habe. Frau Koshofer fragt, ob über „Tellme“ die schnelle Eingreiftruppe der CityService Grünfläche auch für das Einkaufszentrum in Bensberg aktiviert werde. Herr Kuhlen berichtet, die „Tellme-Fälle“ würden dadurch generiert, dass Beschwerden bei der Stadtverwaltung eingingen, die GL Service gGmbH reagiere dann auf diese Beschwerden. Es werde eine feste Arbeitsgruppe eingesetzt. Frau Koshofers Nachfrage, ob dort auch Flüchtlinge mitwirkten, verneint Herr Kuhlen.

Frau Koshofer berichtet, im Rahmen ihrer Aktivität auf dem Lübbe-Gelände, nehme sie dort Menschen wahr, die sich langweilten. Sie fragt, ob es nicht sinnvoll sei, ihnen eine Arbeit zu verschaffen, wenn es in einer Ecke der Stadt so schlimm aussehe.

Frau Schlich antwortet, dass die von Frau Koshofer angesprochene Arbeit u.a. gemeinnützig und zusätzlich sein müsse. Keine Arbeit, die auch von jemandem mit Arbeitsvertrag und regulärer Entlohnung erledigt werden könne, dürfe zur gemeinnützigen Arbeit gemacht werden.

Herr Kuhlen bezieht sich auf den von Herrn Dr. Bernhauser angekündigten Tag der offenen Tür in der GL Service gGmbH am 26.09.2017. Schon jetzt seien alle Anwesenden hierzu eingeladen. Darüber hinaus bittet Herr Kuhlen ihn unter der Nr. der GL Service gGmbH anzurufen, wenn Interesse an deren Arbeit bestehe, und vorbeizukommen. Die GL Service gGmbH sei transparent und freue sich über das Interesse.

10. Jahresberichte 2016 "Unterbringungssituation"
0166/2017

Auf Nachfrage von Herrn Stark berichtet Frau Schlich, das Unterbringungsproblem beziehe sich vorwiegend auf alleinstehende Männer, die teilweise an multitoxikomanen Suchterkrankungen litten. Eins der beiden Häuser, in der die Unterbringung dieses Personenkreises erfolge, sei inzwischen geschlossen worden, weil dort der Brandschutz nicht mehr gewährleistet sei, so dass nun Kapazitäten fehlten und Anlass bestehe, neuen Wohnraum zu schaffen. Natürlich habe der Druck auf die Unterbringungssituation durch die Zuwanderung insbesondere im Jahr 2015 Jahreswechsel auf 2016 dazu geführt, dass viele Menschen enger untergebracht werden mussten als früher üblich. Der Druck im Bereich der Unterbringung von Obdachlosen sei auch deshalb entstanden, weil die vorhandenen Immobilien sehr stark abgewohnt seien.

11. Jahresbericht 2016 der Schuldnerberatung RheinBerg
0186/2017

Frau Holz-Schöttler fragt, ob es sich bei dem Präventionsprojekt der Schuldnerberatung um ein Projekt im Kindergarten handle.

Frau Schlich kündigt als *Anlage* zur Niederschrift eine Information über den Inhalt des Präventionsprojekts der Schuldnerberatung sowie darüber an, ob der Schuldnerberatung die anderweitige Finanzierung des Projektes gelungen sei.

12. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte
0192/2017

Herr Stark bezieht sich auf die Satzung, wonach ein Benutzungsentgelt von 30,20 € je qm Wohnfläche und Monat erhoben würde. Er sei ihm unverständlich, wie die Nutzer einen so hohen Betrag aufbringen könnten.

Frau Schlich bestätigt, dass der Betrag erschreckend sei, er zeige aber auch auf, wieviel aufgewandt werden müsse, um die Flüchtlingsunterbringung sicherzustellen. Es handle sich dabei ausschließlich um Facility- und Immobilienkosten usw. Zur Erläuterung berichtet Frau Schlich, dass für neu zugewanderte Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten, die Stadt verpflichtet sei, eine Unterkunft kostenlos zur Verfügung zu stellen. Für Menschen, die bereits im SGB II-Bezug seien, werde der Betrag vom Jobcenter übernommen. Zahlen müssten hingegen die Flüchtlinge, die eine Arbeit hätten und selbst Geld verdienen. Das seien aber Einzelfälle, weil diese Menschen relativ schnell eine Wohnung fänden. Von den Menschen, die in der Obdachlosenunterkunft wohnten, werde auch eine Nutzungsgebühr erhoben.

Herr Stark betont, 30,20 € seien auch unter Berücksichtigung der vorgenannten Kosten ein unvorstellbar hoher und auf dem Wohnungsmarkt nicht üblicher Preis. Er fragt, ob entscheidende Stellschrauben gedreht werden könnten, um den Preis zu reduzieren. Alleine 40 % der Kaltmiete für Energiekosten lägen völlig über dem normalen Bereich.

Frau Schlich bestätigt diese Aussage. Es müsse berücksichtigt werden, dass Menschen, die aus sehr heißen Ländern zu uns kämen, ein ganz anderes Heizverhalten hätten, was aus den bisher gewohnten, anderen Lebensumständen resultiere. Frau Schlich verdeutlicht an verschiedenen Beispielen, dass der Versuch, eine Anpassung solcher Gewohnheiten zu erreichen, schwierig sei. Beispielsweise seien von den Hausmeistern zu beseitigende Rohrverstopfungen die Folge einer anderen Art der Toilettennutzung. Die Hausmeisterkosten seien Bestandteil der Kosten des qm-Preises von 30,20 €. Auch in dem Preis enthalten seien die in 2016 besonders hohen Kosten für Neuanschaffungen wie Waschmaschinen und andere Geräte, die die Stadt zur Verfügung stelle. Auch Dienstleistungen wie Sicherheitsdienste seien im Preis berücksichtigt. Das alles seien Kosten, die durch die Unterkunft als solche entstünden.

Frau Schlich bestätigt die Aussage von Herrn Stark, dass die Unterbringung in normalem Wohnraum die günstigste sei. Knapp 700 Flüchtlinge habe die Stadtverwaltung in den Privatwohnungen untergebracht.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, die Benutzungsgebühr müsse von den gesetzlich bestimmten Kostenträgern getragen werden. Wichtig sei nun, dass man versuche diese kleine noch verbliebene Gruppe aus den Unterkünften in Wohnungen umzusiedeln.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Der ASWDG beschließt einstimmig folgende dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

Der vorgeschlagenen Satzungsänderung wird zugestimmt.

13. **Anschlussvereinbarung zwischen den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten und der Stadt Bergisch Gladbach zum Betrieb der Einrichtungen ab dem 01.01.2018**
0183/2017

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Grothe, der für Nachfragen zur Verfügung steht.

Frau Koshofer drückt für die FDP-Fraktion ihre Freude aus, dass diese Orientierungsdaten akzeptiert worden seien und dass damit die Seniorenbegegnungsstätten eine gesicherte Zukunft hätten. Frau Koshofer regt an, dass der Ausschuss sich einmal in einer Seniorenbegegnungsstätte treffe, um einen Eindruck von der tollen Verfassung der meisten Begegnungsstätten zu bekommen.

Die Vorsitzende stellt in Aussicht, diese Anregung in einer der nächsten Sitzungen umzusetzen.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgenden dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechenden **Beschluss**:

1. Die Vereinbarungen mit den unten beschriebenen Trägern der Seniorenbegegnungsstätten werden über das Jahr 2017 hinaus fortgeschrieben.

2. Die Vereinbarungen treten am 01.01.2018 in Kraft und werden für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen.

Sie verlängern sich automatisch um weitere fünf Jahre, wenn nicht von einer der Kündigungsmöglichkeiten, die dem § 9 zu entnehmen sind, Gebrauch gemacht wird.

14. Entsendung eines Beiratsmitglieds in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS)
0015/2017

Die Vorsitzende bezieht sich auf einen auf den Plätzen ausliegenden Auszug aus der Sitzung des Seniorenbeirates, der einen Beschlussvorschlag enthält und lässt über diesen abstimmen. Der ASWDG beschließt einstimmig folgende dem Beschlussvorschlag des Seniorenbeirates entsprechende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Rat entsendet das Mitglied des Seniorenbeirates Herrn Erich Dresbach als Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

15. Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion
0200/2017

Die Vorsitzende begrüßt Frau Allelein, die zur Beantwortung im Vorfeld aufgetretener Nachfragen zur Verfügung steht.

Frau Allelein erklärt, nach ihrem Eintritt in den Ruhestand arbeite sie auf der Basis geringfügiger Beschäftigung für die Stadtverwaltung, um die Inklusionsarbeit aufrecht zu erhalten. Hierzu zähle auch die Erneuerung des Aktionsplans. In der letzten ASWDG-Sitzung sei der große Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans Inklusion in den letzten Jahren vorgestellt worden. Auch für 2017 seien die Gelder bewilligt worden. Ab 01.01.2018 gebe es keinen weiteren Aktionsplan mehr. Es habe sich aber herausgestellt, dass dieser wichtig sei, um die Inklusion der Menschen mit Behinderung in der Stadt umzusetzen. Für bestimmte Projekte brauche man finanzielle Mittel, so dass weiterhin Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € bewilligt werden müssten.

Frau Allelein führt aus, die Mitglieder des Inklusionsbeirates seien im Rahmen einer Klausurtagung für den Aufbau eines Aktionsplans sensibilisiert und geschult worden. In erster Linie sei wichtig, dass die Grundaussage der Inklusionsvielfalt in Bergisch Gladbach erhalten bleibe und weiter ausgebaut werden. Nach Überprüfung müssten bedarfsgerecht ggf. Handlungsfelder auch neu erhoben werden. Die strategische Grundsteuerung obliege dabei dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die fachliche Zuständigkeit liege selbstverständlich bei diesem Ausschuss. Auch selbstverständlich seien die Beiratsmitglieder als Betroffene und Experten beteiligt, die ja auch im ASWDG mit beratender Stimme vertreten seien. Den operativen bzw. administrativen Teil der Steuerung übernehme die Stabsstelle im VVII und werde zu gegebener Zeit durch Frau Alleleins Nachfolge übernommen. In der tatsächlichen Umsetzung der Arbeit werde zunächst eine Steuerungsgruppe gebildet. Die konstituierende Sitzung sei für den 21. Juni 2017 (*red. Anmerkung: der in der Sitzung genannte Termin am 28.06. wurde auf den 21. Juni verlegt*) festgelegt. Die Mitglieder dieser Steuerungsgruppe seien die Mitglieder des Beirates, je ein Vertreter*in aller Fraktionen des Rates, einige Bereiche der Verwaltung, Vertreter der Behindertenhilfe und fünf Menschen mit Behinderung aus der Bevölkerung. Frau Allelein kündigt eine detailliertere Information zur Niederschrift an.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und schlägt vor, dass die ergänzenden Informationen der Niederschrift als *Anlage* beigelegt werden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG beschließt einstimmig folgende dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

1. **Der Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach aus Juli 2013, der mit Ende des Jahres 2017 ausläuft, wird für die Jahre 2018 bis 2022 fortgeschrieben.**
2. **Unter Mitwirkung der betroffenen Menschen und der Ratsfraktionen wird die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion bis Ende 2017 den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.**
3. **Bei den Haushaltsberatungen wird der bisherige Etatansatz für den Aktionsplan Inklusion in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr für den Zeitraum 2018 bis 2022 fortgeschrieben.**

16. **Ernennung eines Mitglieds des Inklusionsbeirates**
0202/2017

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Kaczor, der als neues Mitglied des Inklusionsbeirates vorgeschlagen ist.

Herr Kaczor stellt sich mit Daten zu seiner Person vor. Zudem berichtet er, er wohne seit 1972 in Bergisch Gladbach, sei seit Januar 2015 in Rente und seit September vergangenen Jahres Mitglied im „Ce Be eF – Club Behinderter und ihrer Freunde Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.“ Jetzt wolle er Herrn Holger Thien in seiner Arbeit im Inklusionsbeirat als Vertreter unterstützen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Informationen und lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG beschließt einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Rat entsendet Herrn Jürgen Kaczor als stellvertretendes Mitglied für Menschen mit Mobilitätsbehinderung in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

17. **Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

18. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Weber bezieht sich auf einen Beitrag von Frau Münzer in der vergangenen Ratssitzung und fragt, ob die Stadtverwaltung hinsichtlich der Menschen, die sich längerfristig am Forum-Park bzw. vor dem Bergischen Löwen aufhielten, über eine Situationsverbesserung und eine neue öffentliche Toilette an dieser Stelle nachdenke. Herr Weber berichtet, er habe beim längeren Stehen im Stau direkt am Forum-Park einen starken Uringurch im Auto wahrgenommen.

Frau Schlich antwortet, der Fachbereich 5 habe nur eine begrenzte Zuständigkeit. In erster Linie gehe es um die öffentliche Ordnung auf den Straßen und Plätzen. Im Zuge der Bauarbeiten sei der übliche Aufenthaltsplatz dieser im Übrigen überwiegend nicht obdachlosen Menschen in der Nähe der Villa Zanders weggefallen. Dies gelte auch für den Tunnel, in dem manche dieser Menschen bis dahin auch Drogen konsumiert hätten. Es sei vor einiger Zeit auch vorgekommen, dass die Herrentoilette im Stadthaus für den Drogenkonsum aufgesucht worden sei. Einen Platzverweis durch das Ordnungsamt auszusprechen, sei deshalb problematisch, weil ein angemessener Platz

zum Ausweichen nicht vorhanden sei. Frau Schlich kündigt an, das Anliegen auch mit dem Hinweis auf mögliche Toiletten in die Diskussion innerhalb der Verwaltung zu bringen, andererseits werde durch eine neue Toilette die Aufenthaltsqualität vielleicht erhöht.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf Herrn Webers Frage und merkt an, es gehe nicht um Ordnungsmaßnahmen, sondern um Betreuung sowie die Möglichkeit, dort auch eine Toilette nutzen zu können. Vielleicht müsse auch über einen Spritzenraum in der Stadt Bergisch Gladbach nachgedacht werden, damit die Spritzen nicht auf der Toilette im Rathaus oder sogar im Freien herumliegen. Herr Dr. Bernhauser regt an, zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden, die in dieser Arbeit tätig seien, zu überlegen, wie flankierende Hilfe geleistet werden könne.

Frau Schlich berichtet, es gebe bereits entsprechende, auch niedrigschwellige Angebote. Das Thema sei im Rahmen der Gesundheitsvorsorge/Gesundheitspolitik eine Angelegenheit des Kreises, insbesondere in der Frage der Finanzierung. Wenn die Stadt beispielsweise zwei weitere Sozialarbeiter*innen als Streetworker*innen einstellen wolle, handele es sich um eine rein freiwillige Leistung, für die kein Finanzierungsvorschlag gemacht werden könne. Wegen eines Spritzenraums sehe sie die Problematik ähnlich wie Herr Dr. Bernhauser, es müsse aber in jedem Fall ein Antrag beim RBK gestellt werden, was sicher in die Überlegungen mit aufgenommen werden könne. Auch ein solches Vorhaben müsse über einen Träger laufen und eine Krankenpflegekraft müsse permanent anwesend sein, abgesehen von einer sozialarbeiterischen Begleitung, die ebenfalls finanziert werden müsse. Frau Schlich kündigt an, das Thema beim Kreis anzusprechen.

Frau Holz-Schöttler begrüßt dieses Vorgehen, insbesondere den Kreis ins Boot zu holen, weil die betroffenen Menschen auch aus dem Umland von Bergisch Gladbach kämen. Sie merkt an, dass in Bergisch Gladbach das Netzwerk Wohnungsnot in diesem Bereich unterstützend arbeite.

Herr Dr. Bernhauser begrüßt ebenfalls die Anfrage an den Kreis als richtigen Schritt und fragt, ob die psychosomatische Klinik und die Betreuungseinrichtung im Haus Blegge mit einbezogen werden könne.

Frau Schlich antwortet, dass die Stadt keine sozialarbeiterischen Kapazitäten dafür frei habe. Auch liege die gesamte Zuständigkeit für das Thema Drogenhilfe/Prävention beim Kreis, die Verwaltung könne die Problematik aber beim Kreis ansprechen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.40 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.